

Afrika – Politisierung von Ethnizität

Das in den Medien vermittelte Bild Afrikas ist das der Stammeskriege und ethnischen Konflikte. Fälle extremen Staatszerfalls und grausamer Anarchie (z.B. Somalia, Liberia, Ruanda) versperren aber oftmals den Blick auf hoffnungsvollere Entwicklungen. Doch worin liegen eigentlich die Gründe ethnischer Auseinandersetzungen in Afrika?

Frank Holtmeier

Die populärste Erklärung für Konflikte in Afrika ist nach wie vor der „Tribalismus“. Aber mit Blick auf einzelne Länder oder Regionen vom „kriegerischen Kontinent“ zu sprechen, wäre genauso falsch wie angesichts Jugoslawiens, Nordirlands oder des Baskenlandes vom „kriegerischen Kontinent Europa“ zu sprechen. Was macht im übrigen ein paar hunderttausend Isländer zu einem Volk, über zwei Millionen Baganda aber zu einem „Stamm“?

Gewaltsame Auseinandersetzungen stehen in Afrika fast immer im Zusammenhang mit dem Kampf um knappe Güter. Es geht dabei um Teilhabe an Macht, Zugang zu Posten, Entwicklungsprojekten, Krediten, Lizenzen, Ausbildung etc. In diesen Konflikten kommt es regelmäßig zu einer „Ethnisierung von Politik“. Da eine faire Partizipation an der Macht aussichtslos erscheint, ist Gewalt in Afrika oft weniger die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, als der Ersatz für eine zivile Politik.

Erklärbar ist „Tribalismus“ dabei nur aus historischer Perspektive. Von der Vorkolonialzeit bis heute fand in Afrika ein Wandel ethnischer Identitäten statt. Ethnische Gruppen sind nicht natürlich gegeben, sondern historisch spezifische, sozial produzierte und damit auch über die Zeit veränderliche Identitätsmuster.

Gerade, dass Gemeinsamkeiten in Großgruppen nicht mehr unmittelbar erfahrbar und überprüfbar sind, macht diese Gruppen stark. Die reflexive Annahme, dass andere dasselbe fühlen, mobilisiert oft erst die starken Affekte, wie sie bei Massen-

veranstaltungen sichtbar werden. Für die Eliten besitzt ethnische Identität den Vorteil, dass sie klassenübergreifend ist, d.h. nicht die etablierten Verteilungsmuster in einer Gesellschaft in Frage stellen.

Hinzu kommt eine psychologische Komponente. Ethnische Bewegungen können – wie auch religiöser Fundamentalismus – eine Reaktion auf Modernisierungsprozesse sein, an denen die Betroffenen nicht oder nur partiell teilhaben. Die Komplexität des modernen Lebens lässt die Rückkehr zu einfach durchschaubaren Strukturen attraktiv erscheinen. Das identifikatorische Dilemma im heutigen Afrika besteht u.a. in der mangelhaften Integration zwischen traditioneller und moderner Kultur.

Für die „Erfindung von Stämmen“ gab es – und zwar nicht nur für die Europäer, sondern auch für viele Afrikaner – verschiedenen Motive. So hatten die Kolonialverwaltungen ein pragmatisches Interesse an einem Afrika der „Stämme“. Sie verfolgten – wie übrigens später auch viele postkoloniale afrikanische Herrscher – eine Politik des „Teile und Herrsche!“ Ethnizität diente ihnen als Instrument zur Aufsplitterung der Bevölkerung. Willfähige Gruppen und Herrscher wurden bevorzugt und gegen rebellische ausgespielt.

Der Staat als Beute

„Tribalismus“ ist im modernen afrikanischen Staat ein Instrument im Kampf um die Teilhabe an Macht und Ressourcen. Ethnizität ist also im Grunde nicht Ursache, sondern Folge von Auseinandersetzungen. Der demokratische Wandel der poli-

tischen Systeme Afrikas in den vergangenen Jahren bedeutete für die alten Machthaber eine bis dahin nicht gekannte Machtsicherheit, auf die sie vielfach mit der Instrumentalisierung ethnischer Loyalitäten reagiert haben. Ethnizität ist ein Deutungsmuster, um komplexe sozio-ökonomische Realitäten auf einen simplizistischen Faktor zu reduzieren.

Unterstützung der Massen wird durch Appelle an ethnische Identität mobilisiert. Ethnizität ist eine kostengünstige Mobilisierungsart, da ethnische Gruppenzugehörigkeit nicht auf einer freiwilligen Entscheidung zur Mitgliedschaft beruht. Der Appell an eine gemeinsame ethnische Identität kann Unterstützung garantieren, wo andere Fragen die potentielle Wählerschaft trennen würden. Ist diese Maschinerie erst einmal in Gang gesetzt, werden sich die anderen Eliten dieser Dynamik nur schwerlich entziehen können. Ethnizität erzeugt fast zwangsläufig Gegen-Ethnizität.

Nicht persönliche Qualifikationen, sondern die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe entscheidet über Chancen etwa bei der Besetzung von Posten. Eine Situation, die häufig zu Ineffizienz und Aufblähung der öffentlichen Verwaltung führt.

Die Stimmabgabe bei Wahlen ist dabei Teil des klientelistischen Systems. Als Gegenleistung wird eine angemessene Beteiligung an den Ressourcen des Staates (z.B. Arbeitsplätze, Entwicklungsprojekte) erwartet. Macht besitzt man also unter Umständen nur solange, wie man selbst Macht und Ressourcen verteilen kann. Die Eliten stehen somit auch unter Erwartungsdruck. Mit sinkenden Verteilungsspielräumen und wach-

sender Bevölkerung mit ebenso wachsenden Ansprüchen ist es immer schwieriger, die Klientel zufrieden zu stellen. Kaum jemand verdient auf legale Weise genug, um diese Ansprüche zu erfüllen, was zu Korruption führt – und damit wiederum katastrophale Folgen für die staatliche Wirtschaft hat. Die begrenzten Ressourcen ermöglichen nur wenigen Menschen den von den westlichen Industriegesellschaften vorgelebten Luxus. Der Erwerb und die Erhaltung politischer Macht erscheint der einzige Schlüssel zu einem materiell angenehmen Leben zu sein.

Solange es nicht berechenbare Rechts- und Verwaltungssysteme und eine staatliche soziale Absicherung gibt, solange bleiben die ethnischen Solidaritätsnetzwerke für den Einzelnen eine existenzielle Notwendigkeit. Gegenüber den eigenen Eliten schafft Ethnizität sozusagen einen moralischen Anspruch auf Umverteilung. Jeder afrikanische Politiker ist im Rahmen dieser traditionellen Moralökonomie somit auch einem gewissen Zwang ausgesetzt, eine mehr oder weniger ethnisch geprägte Politik zu verfolgen. Solange sich die „Stammes“-Elite daran hält, werden sie auch nicht als Angehörige einer anderen sozialen Klasse gesehen.

„Tribalismus“ ist damit oft weniger eine Revitalisierung traditionaler Bindungen, als eine spezifische Form des Konkurrenzkampfes im modernen Staat. Nicht ethnische Vielfalt per se ist die Ursache vieler Konflikte in Afrika.

Ethnizität als Mittel zum Machterhalt

Genauso wie die politischen Führer „Tribalismus“ für ihre Zwecke benutzen, genau so reagiert das Volk: als „Stämme“. Es ist naiv zu denken, dass diese jahrelang eingeübte Dynamik über Nacht verschwinden würde. Die ethnischen Gruppen sind in dem Glauben (und der oft selbsterfüllenden Realität) sozialisiert worden, dass der Zugang zur Macht nur in der Gruppenidentität liegt.

Bei Wahlen geht es dann nicht nur ums Gewinnen oder Verlieren, sondern „um alles“. Wer verliert, dessen Ethnie ist vielleicht für viele Jahre von Entwicklungsprojekten ausgeschlossen. Wer gewinnt, dessen Gefolgschaft kann sich lukrative Jobs, Regierungsaufträge und Zugang zu günstigen Krediten sichern.

Gefragt sind institutionelle Lösungen, die das wirtschaftliche Wohlergehen einer ethnischen Gruppe davon löst, wer gerade an der Macht ist und somit den „Spieleinsatz“ bei Abstimmungen senkt.

Nicht ethnische Homogenität ist erforderlich für eine funktionierende Demokratie, sondern Homogenität im Sinne eines politischen Grundkonsens. In Afrika finden Mobilisierungen in Wahlkämpfen aber oftmals auf ethnischer Basis statt. Wahlergebnisse sind dann ein Spiegelbild der ethnischen Verteilung der Bevölkerung. Beim Fehlen ausgleichender Regelungen ist damit die Gefahr einer Herrschaft der ethnischen Mehrheit augenscheinlich. In einem solchen Fall wird das Interesse der Minderheiten an demokratischen Wahlen und Prozessen schnell schwinden.

Ein Problem demokratischer Systeme in Afrika dürfte in der geringeren Institutionalisierung politischer Abläufe und im bisher weitgehenden Fehlen politischer Parteien liegen, auf die sich die politische Ideenlehre anwenden ließe. Afrikanische Parteien sind in erster Linie Sammlungsbewegungen, ausgerichtet an regionalen oder ethnischen Besonderheiten und an einzelnen Personen. Politische Kämpfe werden in Afrika bisher kaum über unterschiedliche Parteiprogramme geführt.

Der Zwang zur Stimmenmaximierung setzt der ethnischen Stimmblockbildung aber auch Grenzen. Insbesondere in Gebieten mit heterogener Bevölkerung (z.B. Großstädten) ist ethnisches Wahlverhalten für die Wähler nicht mehr unbedingt rational. Entscheidend ist die je spezifische zahlenmäßige Verteilung der ethnischen Gruppen und das jeweilige Wahlsystem.



Afrika auf dem Weg zu mehr Demokratie – Junge Afrikaner in Benin, Westafrika

Fotos: Sabine Ludwig

Doch Demokratisierung bedeutet nicht nur den Zuwachs an politischer Partizipation für den Großteil der Bevölkerung, sondern gleichzeitig den Verlust von Privilegien bisher mächtiger Gruppen. Diese Machtmonopole werden sich nicht freiwillig auflösen. Darüber hinaus ist die Gefahr einer reinen Auswechslung der Eliten gegeben, indem es zwar durchaus demokratischen Wettbewerb gibt, das staatsbürokratische Herrschaftssystem aber im Grunde bestehen bleibt. Wichtig ist daher, gerade die afrikanischen Eliten zu überzeugen, dass in demokratischen Verfahren auch ihre Interessen langfristig gesichert sind, als unter einer autoritären Herrschaft. Demokratie wird nicht funktionieren, solange ihre Verfahrensregeln von entscheidenden Gruppen im Staat nicht anerkannt werden.

Chancen für die Demokratie

Für Afrika stellt sich vorrangig die Frage nach der Ausgestaltung der politischen Systeme, die durchaus keine reinen Nachahmungen der westlichen Systeme sein müssen. Es müssen Gestaltungsformen gefunden

werden, die die Einheit in der Vielfalt durch entsprechende institutionelle Arrangements der staatlichen Ordnung ermöglichen und sie stabilisieren.

Wie könnten solche institutionellen Ausgestaltungen aussehen? Es seien hier nur Stichpunkte genannt: Erprobung kollegialer oder konkordanzdemokratischer Regierungsformen, die den einzelnen politischen Gruppierungen eine Teilhabe am staatlichen Gestaltungsprozess garantieren, wirksame Gewaltenteilung, Erprobung neuer Formen lokaler Partizipation (z.B. Rotationsverfahren), Stärkung der örtlichen Selbstverwaltung, Erhöhung der Rechtssicherheit und Minderheitenschutz. Um die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems zu verbessern, ist außerdem die Kontrollfähigkeit der Bevölkerung zu erhöhen. Gefragt ist dabei auch die Unterstützung durch die Entwicklungszusammenarbeit.

Eine wichtige Rolle bei der Konsolidierung afrikanischer Demokratien wird auch die wei-

tere wirtschaftliche Entwicklung spielen. Es kann wohl angenommen werden, dass mit zunehmenden Wohlstand gewaltsame Formen politischer Auseinandersetzung zwar nicht ganz verschwinden, wohl aber an Häufigkeit und Intensität abnehmen.

Von zentraler Bedeutung ist auch die Existenz einer konfliktfähigen Zivilgesellschaft. Die Chancen der Demokratieentwicklung werden entscheidend vom Vorhandensein organisierter, unabhängiger gesellschaftlicher Interessen abhängen.

Herausbildung demokratischer Kultur ist ein langwieriger Prozess. Sie mag in Afrika zwar derzeit noch weitgehend fehlen, aber eine demokratische Haltung ist keineswegs Voraussetzung, sondern erst Folge von Demokratisierungsprozessen. Man sollte nach jahrzehntelanger autoritärer Herrschaft keine allzu schnellen Erfolge erwarten. Demokratischer Wandel ist kein geradliniger Prozess, sondern Gegenstand heftiger innergesellschaftlicher Machtkämpfe,

bei denen die Anwendung demokratisch legitimierter Verfahren zur Durchsetzung der eigenen Interessen noch keineswegs selbstverständlich ist. Selbst ein mögliches kurzfristiges Scheitern der Demokratisierung in einzelnen Staaten bedeutet noch nicht, dass nicht langfristig der Demokratisierungsprozess sich fortsetzen wird. Der gegenwärtige Prozess schafft erst die Möglichkeiten einer stabilen Demokratisierung. Es bleibt abzuwarten, ob Afrika, ähnlich wie einige asiatische Staaten, die tradierte geistige Traditionen mit den Erfordernissen einer modernen Welt gepaart haben, ein eigenes Entwicklungsmodell findet.

■ Frank Holtmeier ist **Politologe und Verwaltungswirt** und war von 2000 bis 2002 **Entwicklungshelfer des DED in Kenia.**
frankholtmeier@web.de

40 Jahre Deutscher Entwicklungsdienst

40 Jahre DED – Das muss gefeiert werden!

40 Jahre, in denen mittlerweile rund 13.000 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer in über 40 Ländern dazu beigetragen haben, Armut zu mindern und demokratische Strukturen zu fördern. Dieses Jubiläum soll gebührend gefeiert werden! Auf diesem Wege möchten wir auch alle ehemaligen DED-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und alle Rückkehrerinnen und Rückkehrer mit ihren Angehörigen herzlich zu folgenden Veranstaltungen einladen:

Am 24. Juni 2003 – dem Gründungsdatum des DED im Jahre 1963 – findet von 13 bis 18 Uhr ein „Markt der Möglichkeiten“ im Tulpenfeld in Bonn statt. Dort werden sich nicht nur der DED

und seine Partnerorganisationen präsentieren, auch ein buntes Rahmenprogramm für Erwachsene und Kinder sorgt für die richtige Mischung aus Information, Spiel und Spaß.

Außerdem wird es eine Jubiläums-Party für alle DEDler am 28. Juni 2003 auf dem Gelände des Uhlhofs in Bad Honnef geben. Der Uhlhof ist die Vorbereitungsstätte für Entwicklungszusammenarbeit, Lohfelder Straße 128, 53604 Bad Honnef. Ab 15 Uhr kann bei Kaffee und Kuchen geplaudert und in Erinnerungen geschwelgt und abends dann zu Livemusik getanzt werden. Es gibt also viel Zeit zum Wiedersehen und Austauschen, zum Tanzen und Feiern! Speisen und Getränke werden zum Selbstkostenpreis angeboten.

Also vormerken:

24. Juni 2003, 13 bis 18 Uhr: Markt der Möglichkeiten im Tulpenfeld in Bonn

28. Juni 2003, ab 15 Uhr: Party im Uhlhof in Bad Honnef.

ded

Deutscher
Entwicklungsdienst